

09.04.2018

Kleine Anfrage 939

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Wie beurteilt die Landesregierung die mögliche Notwendigkeit von Stromimporten ab 2020 wie sie von den Übertragungsnetzbetreibern angenommen wird?

Durch den subventionierten Aufbau großer erneuerbarer Kapazitäten im Zuge der Energiewende und dem Verfall der Großhandelspreise für Strom ist bekanntlich der Betrieb vieler konventioneller Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich, so dass bei der Bundesnetzagentur aktuell 92 Anträge auf Kraftwerksstilllegung mit mehr als 14 GW Leistungsverlust vorliegen. Die vier großen Stromnetzbetreiber 50 Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW haben jüngst einen „Bericht der deutschen Übertragungsnetzbetreiber zur Leistungsbilanz 2016-2020“ vorgelegt, nach dem Deutschland in etwa 20 Monaten nicht mehr in der Lage sein soll, Extremsituationen im Stromnetz aus eigener Kraft zu bewältigen. Ab Januar 2020 sind offenbar Szenarien denkbar, bei denen inländische Kraftwerke einschließlich der Reserven bei widrigen Umständen die Stromversorgung allein nicht mehr garantieren könnten und Importe aus dem Ausland zwingend notwendig würden. Eine für Januar 2020 mögliche negative verbleibende Leistung von -0,5 GW ist ein neuer Befund, da der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bisher mit dem Auftreten einer 'Erzeugungslücke' erst ab dem Jahr 2023, nach dem Atomausstieg bzw. dem Auslaufen der Braunkohle-Sicherheitsreserve rechnete. Während der Sondierungsgespräche war die CDU/CSU bekanntlich bereit, bis 2020 rund 7 GW Kohlekraftwerke zusätzlich abzuschalten. Dabei beriefen sich die Unions-Vertreter darauf, dass 7 GW Abschaltungen möglich seien, wenn man zusätzliche Stromimporte nach Deutschland akzeptiere.

Im Artikel: „NRW verlangt mehr Geld für den Ökostrom-Ausbau“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20.02.2018 erklärte NRW-Digitalminister Prof. Pinkwart: „Sorgen bereitet dem Wirtschaftsminister, dass die ehrgeizigen Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien den Netzausbau überfordern und die Strompreise weiter in die Höhe treiben könnten. Seine Bedenken richten sich nicht zuletzt auf die beiden Sonderausschreibungen für Onshore-Windenergie und Photovoltaik. Damit will die Koalition bis 2020 zusätzliche Kapazitäten von jeweils 4 Gigawatt ans Netz bringen. Finanziert werden sollen die Anlagen wie üblich über die Umlage für erneuerbare Energien. ‚Ich habe Zweifel, ob diese Mengen überhaupt zu vernünftigen Preisen am Markt vorhanden sind – und frage mich, wie wir den dazu notwendigen Netzausbau so schnell bewerkstelligen sollen. Grundsätzlich sollten wir darüber sprechen, wie wir den Ausbau der Erneuerbaren finanzieren wollen. Verteilungsgerechtigkeit

Datum des Originals: 09.04.2018/Ausgegeben: datum

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

bekommen wir hier nur durch eine Finanzierung über den Bundeshaushalt', sagte Pinkwart. Trotz der Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen würden Industrie und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen durch steigende Strompreise stark belastet. Gut 250.000 Beschäftigte arbeiten zwischen Rhein und Weser in sehr energieintensiven Branchen wie Stahl, Aluminium, Chemie und Papierindustrie. Die Landesregierung will dafür sorgen, dass in den Ausschreibungen künftig mehr Projekte aus Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen.“

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Landesregierung Szenarien, bei denen die Sicherheit seiner Stromversorgung in Extremsituationen durch das Ausland abgesichert werden muss?
2. Wie sind unsere Versorgungsnotwendigkeiten vor dem Hintergrund anderer Nachfragen im europäischen Verbundsystem wie z.B. Frankreich, das durch die große Zahl von Stromheizungen im Winter oft selbst zum Netto-Importeur von Strom wird, pannengeprägten Atomkraft-Versorgungen wie in Belgien oder Knappheiten auf dem Gasmarkt wie im Winter 2012 zu sehen?
3. Welchen Zubau von Erneuerbaren bis 2020 hält die Landesregierung für verträglich mit dem Netzausbau und der Strompreisentwicklung?
4. Welche Initiativen wird die Landesregierung starten, damit die Finanzierung des weiteren Erneuerbaren Ausbaus künftig nicht mehr über Umlagen sondern den Bundeshaushalt erfolgen soll?
5. Welche Zielgrößen beim Windkraft-Onshore Ausbau und bei Großflächen-Solaranlagen strebt Nordrhein-Westfalen konkret an?

Guido van den Berg